

Die Demokratie der Soziologie

Versuch über eine empfindliche Leerstelle der Disziplin

Jenni Brichzin

1. Demokratie als soziologisches Problem

Ein paar Worte genügen, und einmal mehr ist die halbe Welt in Aufruhr: Im Februar 2025, kurz nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus, nennt der US-amerikanische Präsident Donald Trump seinen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj einen Diktator, im Wortlaut, »a dictator without elections«. Damit übernimmt er das Narrativ des russischen Präsidenten und de facto-Diktators Wladimir Putin, der nach kriegsbedingter Aussetzung der turnusgemäßen Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 2024 die Legitimität Selenskyjs infrage stellt. Die Stoßrichtung ist klar: Trump möchte einen ihm unbequemen Politiker diskreditieren, indem er ihm vorwirft, das hohe Gut der Demokratie zu missachten. Und woran ließe sich solche Missachtung besser festmachen als an nicht abgehaltenen Wahlen?

Dieser Essay versucht sich an einer soziologischen Perspektive auf die alte Frage, was eigentlich Demokratie ausmacht, woran sie sich festmachen lässt. Denn die gängigen Antworten stammen vornehmlich aus der Politikwissenschaft, und das gilt auch für das von Trump aufgerufene Verständnis, das Demokratie an Wahlen engführt. Die These, die meiner Argumentation zugrunde liegt, lautet: Die Idee von Demokratie lässt sich gerade deshalb so leicht für autoritäre Zwecke instrumentalisieren, weil sie in ihrer gesellschaftlichen Fundierung und in ihren sozialen Wirkungen abstrakt bleibt – sie ist dem Alltagsverständnis also wenig zugänglich. Gängige Demokratieverständnisse zeichnen sich demnach dadurch aus, dass sie nicht

in einem Verständnis von sozialen und gesellschaftlichen Prozessen fundiert sind. Man könnte sie als *sozialvergessen* bezeichnen.

An einem wahlzentrierten Demokratieverständnis lässt sich das illustrieren. Denn in einem solchen Verständnis treffen sich, vereinfacht gesagt, die zwei groben Orientierungslinien des politikwissenschaftlichen Nachdenkens über Demokratie (vgl. zum Beispiel Lembcke et al. 2012): *Normativ-idealistisch* steht Demokratie für die Inkraftsetzung des Volkswillens, der sich in periodischen Abstimmungen aktualisieren lässt. *Empirisch-prozeduralistisch* lässt sich Demokratie verstehen als eine Herrschaftsform, die in konkreten Verfahren immer wieder aufs Neue abgesichert werden muss. Doch die Wahl als Emanation des Volkswillens – in dessen emphatischer Anrufung seine Eigenschaft als höchst voraussetzungsvolle soziale Konstruktion untergeht (vgl. zum Beispiel Saward 2006) – bleibt sozial ebenso abstrakt wie die Identifikation von Demokratie mit bestimmten Sicherungsverfahren. Deren Spezifität und Sperrigkeit lassen sie fremd und künstlich wirken, wie das ganz Andere des gesellschaftlichen Alltags.

Dass sich Demokratie nicht mit Wahlen identifizieren und kaum unabhängig von sozialen Dynamiken begreifen lässt, zeigt sich auch an den Reaktionen auf Trumps Aussage. Kommentator:innen beeilen sich nämlich, auf den sozialen Kontext zu verweisen und verschiedentlich klarzustellen: dass ukrainisches Gesetz Wahlen unter geltendem Kriegsrecht verbietet; dass während des Zweiten Weltkriegs beispielsweise auch in Großbritannien die Parlamentswahlen ausgesetzt waren; und dass außerdem Wahlen unter aktuellen Bedingungen erhebliche Sicherheits- und Manipulationsrisiken mit sich brächten. Unter diesen spezifischen Bedingungen, so lässt sich also vermuten, würden Wahlen gerade *nicht* demokratiesichernd wirken, sie könnten antidemokratische Risiken sogar noch verstärken.

Was heißt es für unser Demokratieverständnis, wenn genau diejenigen Prinzipien oder Verfahren, die Demokratie doch eigentlich stabil fundieren sollen, unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen gegenteilige Effekte haben? Dass die Berufung auf »den Volkswillen« auch autoritär wirken kann, ist eine bekannte Einsicht aus der Populismusforschung (Mudde 2004: 561), und ein Blick in die Geschichte zeigt – etwa am Beispiel der Weimarer Republik –, dass Wahlen Demokratien destabilisieren können. Derart paradoxe Effekte sind allerdings keinesfalls auf Wahlen beschränkt. Jenen etwa, die die Aussetzung der ukrainischen Präsidentschaftswahlen unter Verweis auf gesetzliche Regulierungen verteidigen, ließe sich entgegenhalten, dass sich demokratische Einschränkungen gerade auch aus einer Hypertrophie

von Rechtsstaatlichkeit entfalten kann (Manow 2024: 66); viele weitere Beispiele wären denkbar. Wie also theoretisch reagieren? Entweder, man hält an den gängigen Modellen fest und ergänzt sie um einen (vermutlich stetig zu erweiternden) Katalog von Ausnahmeregeln. Oder aber man legt die Betrachtung sozusagen eine Etage tiefer und versucht, Demokratie von ihren sozialen Mechanismen und gesellschaftlichen Dynamiken her zu begreifen. Dieser Essay plädiert für die zweite Option, und versucht damit etwas, womit sich die Soziologie bisher schwertut: er nimmt eine genuin soziologische Perspektive auf Demokratie ein.

Im Folgenden begreife ich Demokratie nicht in engerem Sinne als ein bestimmtes politisches System oder eine bestimmte Konstellation politischer Institutionen – Wahlen, Parlamente, Gewaltenteilung und so weiter –, sondern in einem weiteren, gesamtgesellschaftlichen Sinne, als bestimmte Form sozialer Ordnung. Genauer noch spreche ich von Demokratie als *spezifischer Gesellschaftsformation, die ihre eigene Offenheit für Wandel auf Dauer stellt*. Soziologisch wird dieses Demokratieverständnis dadurch, dass es an basalen Prozessen der Genese sozialer Ordnung ansetzt: Soziale Ordnung als Ergebnis sukzessiver Institutionalisierungsprozesse besitzt immer das Potential und die Tendenz, zu verhärten und zu verkrusten. Sie bildet also (mitunter massive) Widerstände gegen die eigene Änderung, die Änderung des Status quo (auch zum Besseren) heraus– seien es nun bestimmte soziale (Handlungs-)Muster, die nicht anders denkbar, also in ihrer gegebenen Form essentialisiert sind; sei es das Verhältnis bestimmter sozialer Gruppen, das gesellschaftlich dauerhaft festgestellt wird (vgl. Brichzin, Laux, Bohmann 2022: 22 ff.). Diesen Übergang von der Institutionalisierung zur änderungs-resistenten Fixierung der Verhältnisse nenne ich, in einem generalisierten Verständnis des Begriffs (vgl. Weber 1922: 42 f.), *soziale Schließung*. Gemäß der obigen Bestimmung zeichnen sich Demokratien dadurch aus, dass sie entsprechenden Schließungstendenzen systematisch entgegenwirken. Sie stellen ihre eigene Offenheit für Wandel (der sich durch ganz vielfältige soziale Impulse auslösen lässt) auf Dauer.

Ein derart offenheitszentrierter Zugang ist nicht neu. Um ihn zu stützen, könnte man sich auf ganz unwahrscheinlich wirkende Allianzen berufen – von John Dewey über Karl Popper, Jacques Derrida und Hannah Arendt bis zu Richard Rorty oder auch Jürgen Habermas, um nur einige Beispiele zu nennen. Bei allen Genannten taucht der Gedanke auf, dass demokratische ›Volksherrschaft‹ nicht vor allem *unmittelbar*, also direkt im Sinne der Mitbestimmung, Partizipation und Repräsentation zu denken ist. Popper etwa

wendet sich in »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« explizit gegen den Glauben, »daß sich die Demokratie durch das sinnlose Prinzip »das Volk soll regieren« [...] erschöpfen« ließe (Popper 1957: 250). Stattdessen wird »Volks-herrschaft« *mittelbar* konzipiert. Demokratie als spezifische »Form des Zusammenlebens« (Dewey 2011: 121) zeichnet sich demnach im obigen Sinne dadurch aus, dass gesellschaftliche Prozesse aktiv offengehalten werden – für potentielle Einflussnahmen von verschiedenster Seite, für Revision und Neugestaltung des Bestehenden, mit anderen Worten: für die Beteiligung des »Volks« an der Herrschaft im Sinne eines grundsätzlichen Potentials für politische Gestaltung von verschiedenen Seiten und auf verschiedenen Wegen (vgl. Bohmann 2020: 191). Oder, wie Arendt formuliert, für die Möglichkeit, einen »Neuanfang« zu machen (Arendt 1993: 49). Dabei stehen die hier aufgerufenen Demokratieverständnisse natürlich in sehr unterschiedlichen theoretischen Kontexten und führen je eigene Konnotationen mit sich. Für meine Zwecke ist nur entscheidend, dass eine solche Perspektive auf Demokratie – auf die sich immerhin viele soziologienähe Theoretiker:innen zumindest in Grundzügen hätten einigen können! – viele Möglichkeiten für soziologische Untersuchung und Kritik eröffnet.

Dem gehe ich im Folgenden in drei Schritten nach. Im ersten Schritt werfe ich einen näheren Blick darauf, wie Demokratie in soziologischen Debatten bisher auftaucht. Im konzeptuellen Sinne markiert der Begriff eine Leerstelle, dennoch enthalten sich natürlich auch Soziolog:innen nicht vollständig seiner Nutzung. Es geht also zunächst darum, diese Leerstelle näher zu charakterisieren. Demnach wird Demokratie soziologisch vor allem auf vier Arten verwendet: als *Grußwort-Konzept*, als *Sekundär-Konzept*, in *ungleichheitstheoretischem* oder in *anti-institutionalistischem* Sinne (Abschnitt 2). Anschließend werfe ich im zweiten Schritt einige Schlaglichter auf die Geschichte der Ausgestaltung von Demokratie, von der Antike über die Revolutionszeit bis in die Gegenwart. Demokratisierung tritt dabei vor allem als Entwicklung komplexer *Ensembles institutionalisierter Mechanismen der Prävention sozialer Schließung* in Erscheinung – Mechanismen, die in ganz verschiedenen Dimensionen sozialer Ordnung wirksam werden, also nicht nur auf der Ebene klassischer politischer Institutionen und auch nicht im Sinne eines kohärenten Systems (Abschnitt 3). Im abschließenden dritten Schritt skizziere ich schließlich, inwiefern Demokratie sich gesellschaftstheoretisch, also als spezifische *Gesellschaftsformation* begreifen lässt. Als solche entsteht sie nicht aus der substantiellen Bindung an einige spezielle politische Institutionen, sie

emergiert aus dem Zusammenwirken relevanter Mechanismen, die im obigen Sinne offenheitskonstituierend wirken (Abschnitt 4).

2. Wie Demokratie in der Soziologie auftaucht

Die Soziologie hat also ein Problem mit Demokratie. Nicht ihre Vertreter:innen persönlich versteht sich, von ihnen leben wohl die meisten doch ganz gerne in demokratischen Verhältnissen (beziehungsweise würden das gerne tun). Wer jedoch versucht, demokratische Ordnungen nicht nur privat, sondern auch soziologisch ernst zu nehmen – als gesellschaftliche Formation, die einen sozialen Unterschied macht –, kann schon mal zu hören bekommen: Das sei ja alles schön und gut, aber letztlich müsse man sich bewusst sein, dass man sich damit auf normatives Pflaster begeben. Auf *gefährlich* normatives Pflaster, soll das heißen.¹

Meine Argumentation setzt bei der Feststellung an, dass Demokratie eben nicht »nur« normativ relevant ist – als kontrafaktisch stabilisiertes ideelles Orientierungsmuster (vgl. Luhmann 2002: 366) –, sondern sich als gesellschaftliche Formation unmittelbar auf den sozialen Prozess auswirkt. Es besteht ja ausreichend (historische und aktuelle) Erfahrung mit autoritären Verhältnissen, um sagen zu können: Wo sich Demokratie auflöst, wo die Verhältnisse ins Autoritäre kippen, ist das nicht nur irgendwie politisch bedauerlich, aber weiter folgenlos, diese Transformation betrifft Gesellschaft als Ganze. Das gilt übrigens nicht zuletzt für funktionale Differenzierung, wie etwa Rudolf Stichweh und Anna Ahlers argumentieren: »a built-in feature of modern democracy is an inherent acceptance of both functional differentiation as the fundamental structure of society and a tendency towards the self-restriction of the decision space that a political collectivity claims as its own« (Stichweh, Ahlers 2021: 214). Gegenwärtig lässt sich entsprechend vielfach beobachten, dass autoritäre Gesellschaften mit einigem Erfolg dazu tendieren, auf verschiedene Systembereiche, wie etwa Recht, Wissenschaft und Massenmedien, politisch durchzugreifen. Fest steht jedenfalls, dass Gesellschaft jenseits von Demokratie eine andere wäre, und dass Soziologie das erfassen können sollte.

¹ Im Gegensatz übrigens zu Formationskonzepten wie der funktionalen Differenzierung, die als rein analytische Konzepte bar jeder Normativität imaginiert werden.

Es gibt wohl mehrere Gründe dafür, dass Demokratie soziologisch randständig bleibt. Einen der wichtigsten vermute ich in der Blindheit gegenüber dem *Status quo* der eigenen Zeit – ein Leiden, das die Soziologie zwar scharfsichtig zu diagnostizieren weiß, vor dem sie aber selbst nicht recht gefeit ist. Kritische Theorie etwa weist darauf hin, wie sich der Status quo unkontrolliert ins Denken einzuschreiben vermag und dadurch perpetuiert (Horkheimer 1992). Im Falle der Demokratie könnte sich die Sache dagegen umgekehrt verhalten. Ihre Selbstverständlichkeit als Hintergrund des eigenen Lebens und Forschens scheint sie wie von selbst den analytischen Kategorien auszutreiben (vgl. Koschorke 2018: 112). Demokratie entzieht sich so dem Blick (und der Theorie), gerade weil sie wirkt.

Oder haben wir es gar mit einer aktiven konzeptuellen Verdrängung zu tun? Ihre allgemein gewordene gesellschaftliche Affirmation (Held 1996: 1) lässt Demokratie als *Common Sense* erscheinen, dem Soziolog:innen typischerweise skeptisch begegnen; ihre normative Stellung bringt Demokratie so in Ideologieverdacht, dem es kritisch nachzugehen gilt. Vielleicht ist es überhaupt der *Bias* einer sich selbst als *kritisch* begreifenden Disziplin, der zwar vermeintlich »neutrale« (zum Beispiel funktionale Differenzierung) oder als genuin problematisch erachtete Phänomene (zum Beispiel Kapitalismus) als Angelpunkt von Gesellschaftstheorie zulässt. Demokratie dagegen kommt – positiv besetzt, wie sie derzeit nun einmal (immer noch) ist – für diesen theoretischen Posten nicht infrage. Wo läge schließlich der systematische Bezugspunkt der Kritik herrschender Verhältnisse?

Eine vergleichsweise profane Erklärung für die soziologische Enthaltensamkeit gegenüber der Demokratie wäre wohl eine disziplinpolitische, denn solche Enthaltensamkeit kann auch als Reaktion auf die konzeptuelle Prominenz der Demokratie in der Politikwissenschaft gedeutet werden. Im Ringen um disziplinäre Abgrenzung wird Demokratie demnach zum Grenzstein: Dort die Politikwissenschaft, die skeptisch als bloße Reflexionstheorie des politischen Systems beäugt (Luhmann 1981: 288) wird, das sie schlicht den Deutungen der Akteure zu folgen scheint. Hier dagegen die Soziologie, die einer derartigen, als normativ problematisierten Betrachtung, die Analyse *eigentlicher* Verursachungszusammenhänge entgegenzusetzen meint. Am Umgang mit Demokratie zeigt sich der disziplinäre Grenzstreit besonders deutlich.

Wie auch immer, Demokratie markiert eine konzeptuelle Leerstelle in der Soziologie. Damit soll aber nicht gesagt sein, sie käme in der soziologischen Literatur überhaupt nicht vor. Insbesondere in vier Verwendungs-

weisen taucht Demokratie dort durchaus regelmäßig auf: als Grußwort-Konzept, als Sekundär-Konzept, in ungleichheitstheoretischem und anti-institutionalistischem Sinne. Ich skizziere diese Verwendungsweisen nun folgend anhand von Beispielen. Vorwegnehmen möchte ich allerdings, dass es mir damit nicht um eine grundsätzliche Kritik daran geht. Das Problem entsteht nicht dadurch, dass Demokratie in den nun zu skizzierenden Arten und Weisen soziologisch in Anspruch genommen wird, sondern dadurch, dass die Inanspruchnahme fast ausschließlich in diesen Formen erfolgt. So entsteht die Lücke. Die Reflexion gängiger Verwendungsweisen soll in diesem Sinne helfen, die Konturen der bisher vor allem postulierten Leerstelle zu klären. Und sie soll Ausgangspunkt sein um zu zeigen, inwiefern ein offenheitszentriertes Demokratieverständnis über diese Verwendungsweisen hinausgeht.

a) Demokratie als Grußwort-Konzept

Seit der ersten Amtszeit Trumps häufen sich auf Demokratie bezogene Krisen- und Verfallsdiagnosen (Levitsky, Ziblatt 2018; Runciman 2018), begleitet von Aufrufen zur Sorge, Appellen zum Handeln oder, seltener, Plädoyers für mehr Gelassenheit. Die Soziologie kann sich diesem Krisendiskurs nicht entziehen, weshalb Bezüge zu entsprechenden Debatten vermehrt auch in soziologischen Texten auftauchen.

Wo dies der Fall ist, wird Demokratie allerdings nur selten zum substantiellen Bestandteil der Untersuchung – sei es als analytisches Konzept, mit dem man ernsthaft ringt, sei es als Gegenstand, dem man mühevoll Erkenntnis abzutrotzen sucht. Stattdessen taucht Demokratie hier ähnlich auf, wie man es mitunter von politischen Grußworten und Adressen kennt: Hehre Ideale und große Herausforderungen werden angerufen, bevor man anschließend wieder recht nahtlos zum sehr viel profaneren Alltagsgeschäft übergeht. Diese Art der Adresse kann wichtige Funktionen erfüllen, mit der tatsächlichen Praxis hat sie allerdings häufig wenig zu tun. Das typische Habitat von Demokratie im Sinne eines Grußwort-Konzepts sind Einleitungen und Schlusskapitel. Hier dient der Begriff – in der Version »wie man Demokratie eben kennt«, mit ihren Wahlen, ihrem parlamentarischen Prozess, ihrer Gewaltenteilung und so weiter – als fixer normativer Bezugspunkt, der der Untersuchung Relevanz verleiht. Demokratie wertet so die Bedeutung der eigenen Überlegungen auf, hat sonst aber wenig Einfluss auf die Argumentation.

Mal steht Demokratie dabei im Zentrum der Relevanzerzeugung, mal wird der Verweis auf die bedenkliche Situation von Demokratie aber auch eher beiläufig integriert. Als Beispiel für letztere Verwendungsweise ließe sich etwa Eva Illouz' Buch »Explosive Moderne« (2024) heranziehen, in dem sie die westliche Moderne auf ihre Emotionsstrukturen hin befragt. Solche Emotionsstrukturen lassen sich offenbar auch in Zusammenhang bringen mit »dem Umstand [...], dass sich die soziale Demokratie, für die in den vergangenen 200 Jahren so hart gekämpft worden ist, im Niedergang befindet« (ebd.: 23). Manchmal wird der gegenwärtige Krisendiskurs aber auch aufgerufen, um ihn mit sicherer Hand als Missverständnis des *Common Sense* entlarven zu können. Eine solche Tendenz zeigt sich etwa in Andreas Reckwitz' »Das Ende der Illusionen« (2019), wo Krisenwahrnehmungen und Desillusionierung als Folge des Verkennens der eigentlichen Ursachen – insbesondere kulturell fundierter Klassenkämpfe – gedeutet werden.

b) Demokratie als Sekundär-Konzept

Während Demokratie im Grußwort-Modus theoretisch keine Rolle spielt, tritt sie in Form des Sekundär-Konzepts zumindest als theoretische Kategorie auf. Wie der Name schon vermuten lässt, gelangt Demokratie allerdings nicht über die zweite theoretische Reihe hinaus. Typischerweise findet sich eine solche Verwendung in Gesellschaftstheorien mit einem gewissen Allgemeinheitsanspruch. Diese Theorien können Demokratie in ihrer Modellierung nicht völlig ignorieren, gleichzeitig sprechen sie ihr aber eine grundlegende Bedeutung für die gesellschaftliche Funktionsweise ab.

Naheliegende Beispiele für diese Art der Begriffsverwendung sind *Differenzierungstheorien* wie die Luhmannsche Systemtheorie oder marxistisch inspirierte *Theorien der kapitalistischen Gesellschaft*. Luhmann etwa mokiert sich gerne ein wenig über jene, die Gesellschaft von Demokratie her denken. Er ist (wie nach ihm Reckwitz im obigen Beispiel) der Ansicht, dass die tatsächlichen Bedingungsverhältnisse auf diese Weise verkannt werden. Demokratie ist ihm in erster Linie Legitimationsformel, ist »Semantik der Selbstbeschreibung des [politischen] Systems« (Luhmann 2002: 115). In zweiter Linie weist Luhmann der Demokratie aber dennoch einen Platz als relevante Strukturlogik zu – wenn dieser Platz im Kosmos seiner Theorie der funktional differenzierten Gesellschaft auch eher unter »ferner liefern« verbucht werden kann. Demokratie ist demnach der Name für die spezifische »Recodierung« (ebd.: 97) der spezifischen Systemlogik Macht

haben/nicht haben im Sinne der »Kontingenzcodierung« Regierung/Opposition. Eine solche Entzauberung von Demokratie lässt sich als Teil des Luhmann'schen Programms »soziologischer Aufklärung« verstehen.

Theorien, die Gesellschaft vom Kapitalismus her denken, treffen sich mit Differenzierungstheorien (so unterschiedlich sie sonst sind) dort, wo beide Denkrichtungen die Bedeutung von Demokratie relativieren. Geht man davon aus, dass Gesellschaften primär über die herrschenden ökonomischen Verhältnisse zu begreifen sind, und dass die gegenwärtige Gesellschaft vor allem von einer kapitalistischen Produktionslogik angetrieben wird, so bleiben für Demokratie, grob gesagt, nur sehr spezifische theoretische Positionen am Rand übrig (vgl. zum Beispiel Poulantzas 2002) – entweder als Überbau- beziehungsweise Oberflächenphänomen, das nicht an die tatsächliche Funktionsweise der Gesellschaft heranreicht und möglicherweise sogar dezidiert undemokratische Verhältnisse festigt und stützt. Oder als normatives Ideal, das es zwar anzustreben gilt, von dessen tatsächlicher Verwirklichung in der Gegenwart allerdings noch keine Rede sein kann. So oder so, Demokratie bleibt sekundär.

c) Ungleichheitsforschung für Demokratie

Der Fokus auf ökonomische Verhältnisse kann also Demokratie zum soziologischen Nebenschauplatz machen. Umgekehrt kann er aber auch eine Perspektive eröffnen, die Demokratie stärker ins Zentrum rückt: Forschung zu Entstehung, Reproduktion und Wandel sozialer Ungleichheit versteht sich oft selbst als Beitrag zum Verständnis und zur Förderung demokratischer Gesellschaft – schließlich basiert Demokratie, so die Überlegung, auf der Idee der Gleichheit. Wer also dazu beiträgt, verfestigte Ungleichheitsstrukturen (ob materiell oder immateriell) offenzulegen, trägt demnach automatisch auch zum Verständnis der Faktoren bei, die eine volle Verwirklichung von Demokratie verhindern.

Ein gutes Beispiel für eine solche Verwendungsweise des Begriffs ist Stephan Lessenichs Buch »Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem«. Hier bestimmt Lessenich in bekannter Anspielung die »Geschichte aller bisherigen Demokratie« als »im Kern eine Geschichte der Klassenkämpfe« (2019: 22), und er zeichnet die Exklusionsformen nach – »oben gegen unten«, »innen gegen außen«, »Hinz gegen Kunz« (ebd.: 5) –, die sich aus den daraus resultierenden Ungleichheitsstrukturen ergeben. Zugrunde

liegt dem ein klassisches, und wie zuvor expliziert, *unmittelbares* Verständnis demokratischer Volksherrschaft im Sinne von Mitbestimmung, Partizipation und Teilhabe. Der ungleichheitstheoretische Zugang hat entsprechend nicht den Anspruch, ein eigenständiges Demokratieverständnis zu entwickeln. Doch er stellt die Frage sozialer Ungleichheit ins Zentrum der Demokratieforschung: Sozioökonomische Gleichheit, mithin der Kampf gegen gruppenbezogene Schließungsprozesse, ermöglicht demnach überhaupt erst demokratische Selbstregierung.

d) Demokratie jenseits der Institutionen

Auch die vierte soziologische Verwendungsweise von Demokratie rückt in gewisser Weise Teilhabe, Partizipation und Mitwirkung in den Vordergrund. Doch sie verortet Demokratie gerade nicht in den bestehenden gesellschaftlichen (Gleichheits-)Strukturen. Sie sucht das Demokratische jenseits fixer Institutionen (vgl. Lamla 2021: 289), in der je konkreten Praxis und den *Doings* der Akteure.

Ein solcher Zugang speist sich oft aus theoretischen Perspektiven, die man als *politische Theorien des Sozialen* charakterisieren könnte (Séville 2025). Gegenüber Theorien, die die Stabilität gesellschaftlicher Ordnung betonen, begreifen politische Theorien des Sozialen den gesellschaftlichen Prozess als Ergebnis permanenter Verschiebungen, Aushandlungen, Neuformierungen. Zwei prominente Beispiele für derart politisch fundierte Sozialtheorien sind zum einen *radikaldemokratische* Ansätze im Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau, Mouffe 2001), zum anderen Zugänge aus dem Bereich der *Science and Technology Studies*, wie sie etwa mit Bruno Latour verbunden werden (Latour 2004). Mit Laclau und Mouffe rücken dabei vor allem diskursive Praktiken antagonistischer Subversion hegemonialer Politik in den Fokus. Latour stellt im Gegensatz dazu auf Momente und Prozesse der Verbindung und Hybridisierung scharf, die tradierte Ontologien überschreiten. Beiden Ansätzen ist die Verortung des Demokratischen gemein – man möchte es tendenziell jenseits etablierter politischer Verfahren und Prozesse entdecken (siehe aber zum Beispiel Dányi 2020), etwa in den staunenswerten Alltagspraktiken der Akteure.

Insofern derartige Betrachtungsweisen politische Festschreibungen und Verkrustungen, also soziale Schließung als potenzielles Demokratieproblem behandeln, sind sie verwandt mit der in diesem Text entwickelten Perspektive: Demokratie ist, wo Gesellschaft *offen* ist für praktisch-diskursive Inter-

ventionen. Allerdings interessieren sich die genannten Zugänge, die man etwas überspitzt *anti-institutionalistisch* nennen könnte, nur am Rande für die Frage, wie sich solche *Offenheit auf Dauer stellen* ließe (siehe aber zum Beispiel Herrmann, Flatscher 2020). Meist übt man sich in bewusster Abstinenz, was die Auseinandersetzung mit der Institutionalisierung von Demokratie angeht. Das trifft auch für theoretische Festlegungen zu: Den Akteuren (oder den Diskursen) folgend (Latour 2010: 28), schickt man sich an, Demokratie von Grund auf neu begreifen zu wollen. Ausgangspunkt dieser Art von Demokratieforschung ist die künstlich weiße Leinwand, *Tabula rasa*.

Diese vier Verwendungsweisen – Grußwort- und Sekundär-Konzept, ungleichheitstheoretische und anti-institutionalistische Zugänge – bilden das zentrale Repertoire des gegenwärtigen soziologischen Umgangs mit Demokratie. Es dürfte deutlich geworden sein, dass die ersten beiden dieser Verwendungsweisen der Demokratie eine konzeptuell bloß marginale Rolle zuweisen. Dadurch unterschätzen sie, wie oben argumentiert, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung demokratischer Ordnung – ein Umstand der sich vielleicht am Kipppunkt zu autokratischen Ordnungen am deutlichsten zeigt. Vor diesem Hintergrund ist schwer einzusehen, warum nicht auch dem Konzept der Demokratie, analog etwa zu den Konzepten Kapitalismus oder funktionaler Differenzierung, potentiell der gesellschaftstheoretische Primat zukommen könnte. In diesem Sinne zementieren Grußwort- und Sekundär-Konzept-Verständnisse die soziologische Leerstelle in Sachen Demokratie eher noch, als dass sie sie füllen helfen.

Aber was ist mit dem zweiten Paar Verwendungsweisen, also ungleichheitstheoretischen und anti-institutionalistischen Zugängen zu Demokratie? Aus einer offenheitszentrierten Perspektive sind beide interessant, denn beide setzen sich, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, mit Prozessen sozialer Schließung² auseinander. Wo erstere auf gruppenbasierte (beziehungsweise klassenbasierte) Schließungsprozesse scharfstellen, die aus ungleichen sozioökonomischen Verhältnissen resultieren, problematisieren letztere fixe soziopolitische Strukturen, wie sie sich in politischen Institutionen manifestieren. Beide verweisen so auf wichtige *Dimensionen demokratischer Ordnung*, die in Bezug auf die Herstellung gesellschaftlicher Offenheit relevant sind. Zugleich greifen aber auch beide zu kurz: Sie nehmen jeweils nur *eine* der relevanten Dimensionen in den Blick.

In diesem Abschnitt habe ich mich auf das Bild der Demokratie im Spiegel der Soziologie konzentriert. Im folgenden Abschnitt wende ich mich nun

2 Im obigen Sinne als änderungsresistente Fixierung des Status quo verstanden.

einigen wichtigen Stationen der Geschichte der Demokratisierung zu. Dabei wird sich zeigen, dass sich die Geschichte der Demokratisierung sehr gut als Geschichte der Entwicklung, Weiterentwicklung und Konsolidierung von Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung lesen lässt. Derart demokratische Innovativität zeigt sich dabei gerade nicht in einer einzelnen Dimension demokratischer Ordnung, wie das aus Ungleichheitstheoretischer oder anti-institutionalistischer Perspektive erscheinen mag. Das voraussetzungsreiche Unterfangen, gesellschaftliche Offenheit auf Dauer zu stellen, wird, wo es erfolgreich ist, immer in mehreren Dimensionen zugleich angegangen.

3. Demokratische Mechanismen am historischen Beispiel

Meine These lautet also: Die Geschichte der Demokratisierung lässt sich als Geschichte der Institutionalisierung von *Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung* begreifen. Diese Mechanismen bilden sich dabei vor allem in zentralen Dimensionen demokratischer Ordnung heraus. Um diese These zu belegen, ist sicherlich eine sehr viel genauere historische Reinterpretationsarbeit erforderlich, als ich sie an dieser Stelle leisten kann. Mit einem kurzen Durchgang durch wichtige Stationen der Geschichte der Demokratisierung – von der antiken Demokratie Athens über demokratische Revolution und Konsolidierung in der US-amerikanischen Massendemokratie bis zum Parlamentarismus der Nachkriegszeit und darüber hinaus bis in die Gegenwart – gelingt es aber hoffentlich, die These zumindest plausibel zu machen.

Gegenüber der wohl populärsten Deutung von Demokratiegeschichte im *unmittelbaren* Sinne einer Durchsetzung von Selbstregierung hatte ich ja bereits soziologische Einwände geltend gemacht. Ein solches Verständnis ist immer kontrafaktisch überladen (vgl. Habermas 1992: 679), was sich nicht zuletzt darin äußert, dass das unerreichbare Ideal der Durchsetzung des ›Volkswillens‹ empirisch häufig als Unzufriedenheitsgenerator wirkt (– und dadurch natürlich auch eine demokratische Funktion erfüllen *kann*). Das unmittelbare Demokratieverständnis funktioniert nur in *Einklammerung* der Logik sozialer und gesellschaftlicher Prozesse und lässt sich entsprechend, wie in der Einleitung formuliert, als sozialvergessen begreifen. Daher hatte ich für ein soziologisch gesättigtes Verständnis plädiert, das Demokra-

tie nur *mittelbar* als ›Volksherrschaft‹ begreift – indem es darauf fokussiert, wie sich durch ein Auf-Dauer-Stellen gesellschaftlicher Offenheit das grundsätzliche Potential für die politische Neugestaltung von unterschiedlichen Seiten und auf verschiedenen Wegen (ergo, durch ›das Volk‹) bereithalten lässt (vgl. Luhmann 2002: 84). Man kann sich dann einfach empirisch dafür interessieren, : welche Formen der soziale/politische/gesellschaftliche Prozess hervorgebracht hat, um der sozialen Tendenz zur Verhärtung, zur Verkrustung, zur Essentialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu begegnen. Mit anderen Worten: In den empirischen Fokus treten schließungsvorbeugende Mechanismen – verstanden nicht einfach als Vehikel der soziologischen Erklärung (vgl. Hedström, Swedberg 1998), sondern als soziale Formen, die gezielt an Hebelpunkten für die Erzeugung und Reproduktion demokratischer Ordnung ansetzen.

Wo lassen sich solche Hebelpunkte finden? Oder, an die Eingangsüberlegungen anschließend gefragt, welche Dimensionen demokratischer Ordnung sind es also, in denen derart demokratisch relevante Mechanismen ansetzen können? Die vorangegangenen Erörterungen legen zunächst einmal insbesondere drei solcher Dimensionen nahe, im Verlauf der historischen Betrachtung werden noch zwei weitere Dimensionen hinzukommen.

Sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse: Die soziologische Ungleichheitsforschung verweist auf ein zentrales Problem »offener Gesellschaft« (Popper 1957). Unterscheiden sich die Lebenschancen gesellschaftlicher Gruppierungen sehr stark, und sind damit auch die Chancen zur politischen Mitgestaltung sehr unterschiedlich verteilt, stellt das für demokratische Ordnungen ein Problem dar. Man hat es hier mit sozialer Schließung im engeren (und geläufigeren) Sinne zu tun, wie sie auf Max Weber zurückgeht (Mackert 2004): Es handelt sich um eine Form der Verhärtung des gesellschaftlichen Status quo, die mit unterschiedlicher sozioökonomischer Ressourcenausstattung im Zusammenhang steht und in Exklusionsprozessen resultiert.

Strukturen der Zivilgesellschaft/Öffentlichkeit: Anti-institutionalistische Perspektiven auf Demokratie lenken den Blick auf die demokratische Bedeutung von Gesellschaft jenseits politischer Institutionen wie Regierung, Parlament und Staat. Diese Verschiebung des Blickwinkels ist natürlich nicht völlig neu. Hauptsächlich radikalisiert sie noch einmal Perspektiven (meist stärker politikwissenschaftlich genutzt), die die Fundierung von Demokratie jenseits des politischen Systems verorten, etwa in der Zivilgesellschaft (Adloff 2005) oder der Öffentlichkeit (Habermas 1992). Sie interessieren

sich dabei insbesondere für die demokratieförderliche Formation jener Sphären – aus einer offenheitszentrierten Perspektive auf Demokratie kommt es dabei vor allem auf die Prävention sozialer Schließung im oben skizzierten, weiteren Sinne an.

Politische Institutionen: Trotz aller anti-institutionalistischer Kritik spielen aber selbstverständlich auch politische Institutionen eine wichtige Rolle im Rahmen der Hervorbringung und Stabilisierung demokratischer Ordnungen. Sie sind nicht bloß die Schließungsmaschinen, als die sie manchmal etwa von radikaldemokratischer Warte aus erscheinen mögen (vgl. zum Beispiel Martinsen 2019). Die liberale Tradition etwa betont gerade die Präventionsleistung bestimmter Institutionen gegenüber der Einschränkung individueller Handlungsmöglichkeiten, und damit gegenüber der Schließung des sozialen Möglichkeitsraums. Zu solchen Abwehrinstitutionen zählt die liberale Demokratietheorie etwa die Institutionen der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit (zum Beispiel Held 1996: 74ff.).

Die folgenden historischen Beispiele sollen nun illustrieren, dass die Durchsetzung einer demokratischen Ordnung nicht an einer einzelnen dieser Dimensionen hängt. Historisch scheint sie immer das Ergebnis der Institutionalisierung eines *Ensembles* von Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung gewesen zu sein, das über verschiedene Dimensionen hinweg zusammenwirkt und kein kohärentes System ergibt. In diesem Sinne versteht sich die hier skizzierte Perspektive auch nicht so sehr als innovativ in Abgrenzung zu verwandten Sichtweisen, für die das Auf-Dauer-Stellen von Offenheit ebenfalls eine zentrale Rolle spielt. Sie begreift sich vor allem als *integrativ*, denn sie nimmt das Zusammenwirken entsprechender Mechanismen in verschiedenen Dimensionen demokratischer Ordnung in den Blick, die sich auch gegenseitig gegen paradoxe Schließungsprozesse absichern. Der historische Streifzug beginnt in der attischen Demokratie der Antike.

3.1 Der Prototyp: Demokratie im antiken Griechenland

Soll Grundlegendes über Demokratie gesagt werden, so versetzen sich Politikwissenschaftler:innen gerne in eine Zeit, die Soziolog:innen in der Regel weit weniger geläufig ist: in die Antike, zu den griechischen Stadtstaaten und insbesondere in die attische Demokratie (Held 1996: 13 ff.). Mit der Volks-

versammlung (*Ekklesia*) als zentralem Entscheidungsorgan, an dem mehrmals im Monat Tausende volljährige männliche Bürger teilnahmen – und dabei *Isegoria* ausüben konnten, also das jedem dieser Bürger zustehende Recht, in der Versammlung zu sprechen – wird dem Athen des 5. Jahrhunderts vor Christus gerne eine besondere Stellung zugeschrieben. Nämlich als derjenige Ort, der historisch einer Verwirklichung der Idee der Selbstregierung am nächsten kommt, unerreichbar für heutige Massendemokratien.

Die Zentralstellung der *Ekklesia* verdeckt häufig, wie viele weitere demokratische Einrichtungen die Athener(:innen) darüber hinaus kannten. Eine der bekanntesten ist dabei vermutlich das Scherbengericht (*Ostrakismos*). Hier konnten Männer, die der Mehrheit der Athener Bürger zu mächtig vor kamen, per Abstimmung (qua Scherbe) für bis zu zehn Jahre ins Exil verbannt werden. Dem Historiker Moses Finley zufolge lässt sich das seltsam Anmutende, die »apparent oddity« (1973: 26) solcher Einrichtungen erklären, wenn man den damaligen soziopolitischen Kontext in Rechnung stellt.

Meine Gegenthese lautet: Diese institutionellen Formen erscheinen uns vor allem deshalb seltsam, weil wir sie auf der Basis des Schematismus demokratischer Selbstregierung interpretieren. Finley, ein ausgewiesener Kenner antiker gesellschaftlicher und politischer Strukturen, nutzt zwar selbst dieses Schema, weist aber zugleich darauf hin, dass es den Athenern – weit über die Frage der richtigen Regierung hinaus – um Fragen der guten Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens gegangen sei (ebd.: 5). Um dies zu erreichen, hätten sie enorme Kreativität bei der Erfindung verschiedener »institutional devices« (ebd.: 26) und »mechanics« (ebd.: 27) an den Tag gelegt. Die Auseinandersetzung mit der attischen Demokratie greift entsprechend zu kurz, wenn sie allein die Volksversammlung im Blick hat.

Der Ostrakismos ist ein gutes Beispiel. Erkennbar ist er nicht vor allem auf Selbstregierung hin entwickelt, sondern war als Schutz vor der Verfestigung ungleicher Machtchancen gedacht – bis hin zur *Tyrannis*, vor der man begründetermaßen in Sorge war. In diesem Sinne lässt er sich der demokratischen Ordnungsdimension soziopolitischer Ungleichheitsverhältnisse zuordnen.³ Hatte also das Scherbengericht einmal getagt, wurde die auf diesem Weg verurteilte Person durch die Exilierung zwar nicht um ihre materielle Machtbasis gebracht (Vermögen und Eigentum blieben erhalten). Sehr wohl aber wurde durch die Herstellung sozialer Distanz, durch Netzwerkunterbrechung die *soziale* Machtbasis des Verurteilten eingeschränkt. Ein

³ Während die Volksversammlung naheliegenderweise der Dimension politischer Institutionen angehört.

ingeniöses Mittel zur Prävention einer bestimmten Form von sozialer Schließung war ersonnen. Auch wenn es Einzelne traf, zielte der Ostrakismus doch weniger auf individuelle Sanktionierung als auf die Regulierung sozialer Dynamiken. Er erschwerte es, dass sich stabile Netzwerke um Einzelpersonen bildeten, die schwer zu kontrollierende Machtballungen erzeugen können. Die Wirkung dieses Mittels basiert also letztlich auf quasi proto-soziologischem Wissen darüber, wie sich die Herausbildung stabiler gesellschaftlicher Machtzentren unterlaufen lässt.

Aber der mit der Ungleichheitsdimension in Zusammenhang zu bringenden Ostrakismus ist nur eines von vielen Beispielen für die attische Erfindungsgabe hinsichtlich Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung. Einige lassen sich allerdings nicht umstandslos einer der drei bisher eingeführten Dimensionen – nämlich sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse, Strukturen der Zivilgesellschaft/Öffentlichkeit und politische Institutionen – zuordnen. Dazu gehören das *Losverfahren* als hauptsächliche Methode der Vergabe öffentlicher Ämter, die *jährliche Rotation* bei der Besetzung dieser Ämter sowie die *Vergütung der Amtsübung*, die eine Dauerbesetzung entsprechender Positionen allein durch wohlhabendere Bürger verhinderte (Finley 1973: 25). Sie alle haben mit der *Organisation der Verwaltung* zu tun, mit Bezug auf die zentrale Stellung von Bürokratie bei Weber (1922: 166 ff.) betrachte ich sie als eigenständige Dimension demokratischer Ordnung. Da die Ämter in der attischen Demokratie potentiell allen Bürgern offenstanden – ein Großteil konnte im Laufe seines Lebens entsprechende Erfahrungen machen –, per Zufallsauswahl vergeben wurden und ihre Besetzung aufgrund der kurzen Amtszeit rasch wechselte, gab es keinen fixen bürokratischen Apparat (Finley 1973: 25). Derartige administrative Mechanismen wirken auf diese Weise der Herausbildung jenes »stahlharten Gehäuses« zumindest entgegen, das Weber nicht zuletzt mit Bürokratie in Verbindung bringt.

Als letzter Mechanismus ist schließlich noch ein Instrument mit dem gewöhnungsbedürftigen Namen *graphē paranomōn* erwähnenswert. Diese Form der Klage ermöglichte es den Bürgern, ein in der Volksversammlung bereits (rechtmäßig) verabschiedetes Gesetz zurückzunehmen, indem dessen Urheber im Nachhinein wegen Unrechtmäßigkeit seiner Initiative verurteilt werden konnte. An diesem Beispiel soll deutlich werden, dass es mir weder darum geht zu behaupten, dass jeder einzelne dieser von den antiken Griechen ersonnenen Mechanismen großartig und frei von Nebenfolgen war, noch halte ich *genau diese* Mechanismen für notwendig, um eine

demokratische Ordnung in Kraft zu setzen. Vielmehr ist es aus meiner Sicht weit wichtiger, *dass* in allen zentralen Dimensionen demokratischer Ordnung wirkungsvolle Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung angelegt sind – deren genaue Form erscheint mir demgegenüber zweitrangig; doch dazu später mehr. Jedenfalls: Die hier skizzierten Mechanismen in ihrer Gesamtheit lassen sich – gegenüber dem Ideal der Selbstregierung – oft besser verstehen, wenn man sie als Lösung für das Problem begreift, die Offenheit einer Gesellschaft auf Dauer zu stellen.

Im Übrigen wirken natürlich auch diskussionsbasierte politische Entscheidungsinstitutionen wie die attische *Ekklesia* potentiell sozial öffnend. Überall dort, wo Entscheidungen nicht von einer einzelnen Führungsposition beziehungsweise homogenen Gruppe schlicht erlassen werden, sondern wo sie das Ergebnis kontroverser Aussprache mit anschließender Abstimmung sind, kann dies einen öffnenden Effekt haben. Vor allem, weil inhaltliche Alternativen sichtbar werden, eine bestimmte Meinung oder Perspektive also nicht als unwidersprochene Selbstverständlichkeit Geltung beanspruchen kann. In auf Selbstregierung ausgerichteten Gremien kann sich dieser Effekt verstärken, weil sie mit dem Anspruch antreten, gesellschaftlich vorhandene Perspektiven umfassend abzudecken, also besonders plural zu sein.

Doch genau dieser Selbstregierungscharakter ist für die Volksversammlung Athens schon vielfach bestritten worden, weil große Teile der Gesellschaft, konkret Frauen und Sklaven, systematisch von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen wurden (Held 1996: 23ff.). Selbst also für den vermeintlich prototypischen Fall der attischen Demokratie ließe sich argumentieren, dass der Anspruch auf Selbstregierung mehr Legitimationsmittel zur Steigerung der Folgebereitschaft ist, als dass er real verwirklicht gewesen wäre. Einmal mehr zeigt sich hier der kontrafaktische Charakter des Ideals. In jedem Fall aber wirkt die *Ekklesia* als Mechanismus zur Prävention sozialer Schließung, wenn auch – und dieses paradoxe Moment wohnt allen derartigen Mechanismen inne – nicht absolut. Mit ihrer Anfälligkeit für demagogische Manipulation wurden auch die Grenzen des Öffnungscharakters der attischen Volksversammlung schon vielfach beschrieben.

3.2 Massendemokratie am Start: Die sozialen Bedingungen der demokratischen Revolution in den USA

Während die griechischen Stadtstaaten der Antike als Prototypen der Durchsetzung komplexer demokratischer Ordnungen gelten, kommt den USA in ihrer Gründungszeit eine ähnliche Bedeutung zu, was die Installation moderner Massendemokratien anbelangt. Wie kommt es aber, dass die demokratische Revolution in den Vereinigten Staaten gelingt, während sie in Frankreich (zunächst) scheitert? Diese Frage stellt sich Alexis de Tocqueville – Gründervater der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Politischen Soziologie – in seiner zweiteiligen Studie »Über die Demokratie in Amerika« (erschienen 1835 und 1840). Auf seiner Suche nach Antworten befasst er sich zwar auch mit politischen Institutionen, so wirft er etwa »einen raschen Blick« (Tocqueville 2002: 126) in die Verfassung des jungen amerikanischen Staates und beschäftigt sich mit einem zentralen Beitrag der US-amerikanischen Institutionenentwicklung: der systematischen Umsetzung der Gewaltenteilung (ebd.: 128 ff.; Hamilton, Madison, Jay 2007). Vor allem aber interessiert er sich in seiner dichten Untersuchung für den Einfluss der herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen auf die erfolgreiche Durchsetzung einer demokratischen Ordnung.

Die demokratische Ordnung der USA tritt auf diese Weise, wie im Beispiel Athens, als Ergebnis des Zusammenspiels vielfältiger gesellschaftlicher Mechanismen, also als komplexes Ensemble in Erscheinung. John Stuart Mill ist unter anderem deshalb vom Werk seines Zeitgenossen Tocqueville begeistert: »For the first time, that phenomenon [democracy; JB] is treated of as something which [...] manifests itself by innumerable properties, not by some one only« (Mill 1859: 4). Über die verfassungsrechtlichen Institutionen hinaus rückt Tocqueville dabei insbesondere die drei anderen Dimensionen demokratischer Ordnung in den Vordergrund, die bisher eingeführt wurden: die sozioökonomischen Ungleichheitsverhältnisse, die Strukturen der Zivilgesellschaft und, wie in der antiken griechischen Demokratie, die Organisation der Verwaltung.

Zu den zentralen Determinanten demokratischer Ordnung zählt für Tocqueville die Gleichheit der sozioökonomischen Verhältnisse. Überhaupt sieht er eine allgemeine historische Tendenz zu zunehmender Gleichheit, die er als die Triebkraft der »demokratische[n] Revolution« seiner Zeit begreift: »In dem Maße, wie ich die amerikanische Gesellschaft studierte, erkannte ich daher immer mehr die Gleichheit der Bedingungen als die wirkende Ur-

sache, aus der jede einzelne Tatsache hervorgeht, und ich sah sie ununterbrochen vor mir wie einen Mittelpunkt, in den alle meine Beobachtungen einmündeten.« (Tocqueville 2002: 5)

Tocqueville adressiert damit zwar nicht ausschließlich die Bedeutung der ökonomischen Verhältnisse, er beschäftigt sich beispielsweise auch mit den Geschlechterverhältnissen (ebd.: 704) und dem Umgang mit Sklav:innen (ebd.: 366 ff.). Doch wirtschaftliche Gleichheit ist für ihn von fundamentaler Bedeutung. Jedenfalls zeigt er sich fasziniert von der Geschwindigkeit, mit der Vermögensverhältnisse in den USA (zumindest damals) umgewälzt werden. Dabei macht er einen spezifischen institutionalisierten Mechanismus aus, der der Fixierung der bestehenden Verhältnisse entgegenwirkt: »Es war das *Erbrecht*, das den letzten Schritt zur Gleichheit brachte« (ebd.: 55; Hervorhebung JB). Die Aufteilung des Vermögens auf mehrere Erben sorgt dafür, so Tocqueville, dass langfristige Vermögenskonzentrationen – und damit auch Machtkonzentrationen – verhindert würden. Die auf diese Weise erzielte Dynamisierung der Vermögensverteilung ermöglicht soziale Mobilität, wirkt der Herausbildung festgefügtter Eliten entgegen und verhindert so eine bestimmte Form langfristiger sozialer Schließungen.

Tocqueville weist also der ökonomischen Gleichheit eine große politische Rolle zu, doch das lässt sich bereits in der attischen Demokratie erkennen. Praktisch wird sie im antiken Griechenland allerdings hauptsächlich an den Rändern der Vermögensverteilung relevant, also unter sehr Wohlhabenden (Ostrakismos) oder Vermögenslosen (Ämtervergütung); theoretisch macht beispielsweise Aristoteles Ungleichheit als bedeutenden Faktor politischer Instabilität aus (Aristoteles 2012: 178 ff.). Und auch der Organisation der Verwaltung schreibt Tocqueville eine ähnliche Bedeutung zu, wie sie sich bereits in der attischen Demokratie beobachten lässt. Er stellt fest, »daß der hervorstechendste Zug der öffentlichen Verwaltung in den Vereinigten Staaten die außerordentliche Dezentralisierung ist« (ebd.: 94). Das heißt, Amtsinhaber werden zwar (für längere Zeit) gewählt und nicht gelost, doch ihre *lokale* Verankerung in den Gemeinden beziehungsweise Bezirken führt, ähnlich wie in der attischen Demokratie, zu einer Stärkung des »Bürgergeists« (ebd.: 99). Die Notwendigkeit, sich aktiv um die eigenen Belange zu kümmern, steht den US-Amerikaner:(inne)n auf diese Weise ständig vor Augen, fördert die politische Involviertheit und damit die Bereitschaft der Einzelnen, sich gestaltend einzubringen.

Doch Tocquevilles Blick auf die dezentrale Organisation der Verwaltung in den USA ist durchaus nicht unkritisch, die Erledigung einzelner konkreter

Aufgaben etwa gelänge oft »nicht so gut, wie wenn der Staat es [...] täte« (ebd.: 108). Aber: »Auf die Dauer [...] übertrifft das Ergebnis all dieser [...] Unternehmungen bei weitem das, was der Staat auszurichten vermöchte« (ebd.). Während Tocqueville die *Zentralisierung der Regierung* für unabdingbar hält, erscheint ihm die *Dezentralisierung der Verwaltung* als eine der wichtigsten Grundlagen des Erfolgs demokratischer Gesellschaft. Umgekehrt hält er die Zentralisierung der Verwaltung für eine ihrer größten Gefahren. Er beschreibt sie als »Joch« (ebd.: 109), das der gesellschaftlichen »Erneuerung der Kräfte« (ebd.: 99) entgegenstehe – also der demokratischen Offenheit für Wandel.

Berühmt geworden ist Tocquevilles Studie jedoch nicht so sehr wegen seiner Überlegungen zu Ungleichheit und Verwaltung, sondern aufgrund seiner Auseinandersetzung mit einer dritten Dimension demokratischer Ordnung: den Strukturen der Zivilgesellschaft. Diesen schreibt er nämlich in den USA eine außerordentliche *Assoziativität* zu: »Die Amerikaner jeden Alters, jeden Standes, jeder Geistesrichtung schließen sich fortwährend zusammen« (ebd.: 195). Es gelinge den Bürger:innen der Vereinigten Staaten in noch nicht dagewesener Weise, für alle möglichen Arten von Zielen – wirtschaftliche und politische, aber auch »religiöse, sittliche, ernste, oberflächliche, sehr allgemeine und sehr besondere, gewaltige und ganz kleine« (ebd.: 595) – Mitstreiter:innen zu mobilisieren. Auf diese Weise sind sie in der Lage, immer wieder eine ausreichende Machtbasis zu schaffen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beeinflussen und zu verändern. Solche Tendenzen zur Assoziation stehen in engem Zusammenhang mit der zuvor erörterten Entwicklung des »Bürgergeistes«, der die Menschen dazu veranlasst, Verantwortung für die eigenen Belange zu übernehmen. Und ebenso wie zuvor im Zusammenhang mit der Erörterung der Bedeutung der dezentralen Verwaltung ist es nicht vor allem der Aspekt der Mitbestimmung, den Tocqueville dabei demokratisch für besonders relevant hält. Sondern der Umstand, dass die ständigen Neu- und Umbildungen solcher Zusammenschlüsse und Vereinigungen (anders etwa als die Zentralregierung) dazu in der Lage sind, den »Kreislauf von Gefühlen und Gedanken in einem großen Volke [...] in Bewegung zu halten und zu erneuern« (ebd.: 198). Auch sie begreift er also vor allem im Sinne von Mechanismen zur Offenhaltung gesellschaftlicher Verhältnisse.

Selten ist der *Ensemblecharakter* demokratischer Ordnung – die aus dem Zusammenspiel multidimensional angelegter Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung hervorgeht – so transparent wie in Tocquevilles Studie

über die junge US-amerikanische Demokratie. Und selten wird so deutlich wie hier, dass genau die Mechanismen, die Demokratie doch eigentlich begründen sollen, die gegenteilige Wirkung entfalten können, ist erst einmal das Zusammenspiel des Ensembles gestört oder ins Ungleichgewicht geraten. Auch die »demokratischste« Ordnung ihrer Zeit kann folglich ins autoritäre kippen. Als größte Gefahr identifiziert Tocqueville dabei bekanntermaßen die »Tyrannei der Mehrheit« (ebd.: 289): Der unbedingte Glaube der US-Amerikaner:innen an das *Mehrheitsprinzip* statt die politische Mehrheit mit einer »Allmacht« aus (ebd.: 290), die den »Keim zur Tyrannei« bilde (ebd.: 291). Eine spezielle Form der sozialen Schließung ist die Folge, eine Schließung nämlich nach Maßgabe der Mehrheit.

3.3 Konsolidierungsschmerzen: Techno-kapitalistische Revolutionen und die Frage nach dem demokratischen Bürger

Schon Tocqueville war also klar: Nur weil sich eine Ordnung einmal als demokratisch durchgesetzt hat, heißt das nicht, dass sie für immer demokratisch bleiben muss. Die USA – Keimzelle, Laboratorium und Musterfall moderner Massendemokratien – hatten auch nach ihrer Konsolidierung mit immer neuen Herausforderungen zu kämpfen. Die Zeit um die Wende zum 20. Jahrhundert gehört wohl zu den gewichtigsten unter ihnen. Der rasante technische Fortschritt und die enorme kapitalistische Dynamik, die sich in dieser Zeit beobachten lassen, gehen zwar mit dem Aufstieg der USA zur Weltmacht einher, aber auch mit der drastischen Zunahme sozialer Ungleichheit und mit wachsenden sozialen Spannungen. Sie münden in die demokratischen Reformbemühungen der *Progressive Era*.

In einer später als *Lippmann-Dewey-Debatte* bezeichneten Publikationsfolge dieser Zeit wird der von der Komplexität der techno-kapitalistischen Moderne überforderte Mensch als neuralgischer Punkt der Demokratieentwicklung identifiziert. Dabei stellt der Journalist und Publizist Walter Lippmann in seinem 1922 erschienenen Buch »Public Opinion« die Fähigkeit des modernen Menschen zur demokratischen Teilhabe grundsätzlich infrage. Zu groß sei die Kluft zwischen gesellschaftlicher Komplexität und individueller Urteilsfähigkeit (Selk, Jörke 2012: 258). John Dewey widerspricht diesem Befund fünf Jahre später in »The Public and its Problems«. Zwar teilt er die Überforderungsdiagnose und bestätigt die Gefahr, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungen den Menschen in verdinglichter Form gegen-

übertreten – als unverständliche, scheinbar alternativlose Setzungen (vgl. Dewey 1946: 137; Selk, Jörke 2012: 263). Doch Dewey zeigt sich zuversichtlich, dass dieser Tendenz mit den entsprechenden Maßnahmen zur Stärkung der assoziativen und kommunikativen Strukturen der Öffentlichkeit begegnet werden kann (Dewey 1946: 184), dass es also gelingen kann, den öffentlichen Diskurs auch tatsächlich offenzuhalten.

»The Public and its Problems« steht meist im Mittelpunkt, wenn Dewey überhaupt politiksoziologisch rezipiert wird (zum Beispiel Marres 2012; Bogusz 2018). Erkennbar bewegt sich dieses Buch mit seiner Betonung der Assoziativität in deutlicher Nähe zu Tocquevilles Überlegungen zur demokratischen Struktur der Zivilgesellschaft. Blickt man allerdings über dieses Werk hinaus – zum Beispiel in das Buch »Demokratie und Erziehung« (2011), das Dewey selbst als sein Hauptwerk betrachtet hat (soziologisch aber weit weniger rezipiert worden ist) – so zeigt sich, dass sich Dewey nicht in erster Linie für die Strukturen der Öffentlichkeit als Ansatzpunkt von Demokratisierung interessiert. Für ihn steht stattdessen die Frage nach der *Erziehung zur Demokratie* im Vordergrund, mit anderen Worten: wie gesellschaftliche Subjekte zu demokratischen Subjekten werden können. *Politische Subjektivierung* – verstanden als die Frage danach, welche innere Haltung beziehungsweise Disposition den Einzelnen in Bezug auf die Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Ordnung eingeschrieben wird (vgl. Foucault 1987; Brichzin 2023a: 101) – ist die fünfte und letzte zentrale Dimension demokratischer Ordnung, die ich hier einführen möchte. Auch sie besitzt eine lange Tradition, die sich ebenfalls bis in die attische Demokratie zurückverfolgen lässt. Zu denken wäre beispielsweise an die Überlegungen zu Bürgertugenden bei Aristoteles und anderen (Münkler 1994). Und auch sie bietet Ansatzpunkte für Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung.

Wie also funktioniert laut Dewey Erziehung zur Demokratie beziehungsweise demokratische Subjektivierung? Der Gedanke, dass Bildung in Demokratien relevant ist, ist natürlich nicht neu, nicht zuletzt bei Tocqueville und im antiken Griechenland wurde ihre Bedeutung bereits erkannt. Dewey hat dabei allerdings nicht so sehr ein bestimmtes Wissen im Kopf, das sich demokratische Bürger:innen unbedingt aneignen müssten – etwa zur Funktionsweise politischer Institutionen, oder zu den technischen Details von Produktionsabläufen. Etwas ganz anderes ist aus seiner Sicht entscheidend, nämlich die Erziehung zur Offenheit im Umgang mit einer Gesellschaft, »die sich ständig wandelt« (Dewey 2011: 203). Statt auf Wissensakkumulation kommt es ihm auf Offenheitskompetenz an.

Deweys um die Jahrhundertwende in den USA entwickeltes Demokratieverständnis ist ein zentraler Bezugspunkt für die in diesem Text vertretene, offenhertzentrierte Perspektive auf Demokratie. Entsprechend begreift Dewey Demokratie als eine »Form des Zusammenlebens« (ebd.: 121), die sich durch Offenheit für sozialen Wandel auszeichnet, er begreift die demokratische Gesellschaft als »eine Gesellschaft, die nicht nur im Wandel begriffen ist, sondern diesen Wandel (zum Besseren) als ihren Lebenszweck betrachtet« (ebd.: 113). Nichts steht dem, so Dewey, mehr entgegen, als eine gesellschaftliche Ordnung, die »in fester Form, in Routine erstarrt« ist (ebd.: 21) – und allem voran, in Routine erstarrte Subjekte.

An dieser Stelle kann ich lediglich eine Grundidee dessen vermitteln, was laut Dewey demokratische Erziehung ausmacht. Da er Demokratie als eine gesellschaftliche Ordnung begreift, die auf Wandlungsfähigkeit ausgerichtet ist, sind politische Subjekte nötig, die es verstehen, produktiv mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen umzugehen. Das heißt, sie müssen sich eine »geistige Haltung« aneignen (ebd.: 185), die einer in ständigem Wandel begriffenen Welt mit »Offenheit, Experimentierfreude und einem Bewusstsein für Pluralität« begegnet (Brichzin 2023a: 102). Zu diesem Zweck müssen verschiedene kognitive, soziale und motivationale Kompetenzen entwickelt werden, etwa die »Fähigkeit zur dauernden Anspannung und Aufmerksamkeit« (Dewey 2011: 185). Geschult werden diese Kompetenzen vor allem durch die Praxis des Problemlösens, durch »zweckbewußt[e] Hingabe an einen Handlungsverlauf« (ebd.: 186), also indem man sich ganz auf eine Sache und ihre je konkreten Erfordernisse einlässt, anstatt sich mit vorgegebenem Wissen oder tradierten Regeln zufrieden zu geben. Nicht zuletzt spielt Individualität dabei für Dewey eine besondere Rolle: Nur wenn es einer Gesellschaft gelingt, »in ihren Erziehungsmaßnahmen dem Spiele verschiedenster Gaben und Interessen im Sinne geistiger Freiheit Raum [zu] gewähren« (ebd.: 396), lässt sich wirkliche Offenheit für gesellschaftlichen Wandel in verschiedenste Richtungen erreichen. In einer Zeit auch großer pädagogischer Reformanstrengungen hat sich Dewey selbst aktiv für die Umsetzung seiner Ideen einer Erziehung zur Demokratie eingesetzt.

Demokratische Erziehung – im oben entwickelten Sinne als Form politischer Subjektivierung, die in den Einzelnen eine Offenheit gegenüber gesellschaftlichem Wandel verankert – lässt sich als weiterer Mechanismus zur Prävention sozialer Schließung begreifen. Dabei muss man Deweys Fortschrittsoptimismus nicht teilen, um die funktionale Bedeutung einer konstitutiven Offenheitsorientierung zu erkennen. Zwar mag sie mitunter helfen,

gesellschaftliche Herausforderungen produktiv anzugehen – dem Autoritärwerden gesellschaftlicher Ordnung steht sie grundsätzlich entgegen.

3.4 Das Parlament als Maschinenraum der Nachkriegsdemokratie

Die angekündigten fünf Dimensionen demokratischer Ordnung sind damit vollständig: Organisation der Verwaltung und politische Subjektivierung haben sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse, Strukturen der Zivilgesellschaft/Öffentlichkeit und politische Institutionen ergänzt. Auf eine der fünf eingeführten Dimensionen demokratischer Ordnung bin ich bisher allerdings eher beiläufig eingegangen, nämlich auf die an sich vermutlich naheliegendste unter ihnen, die *politischen Institutionen*.

Dafür gibt es gute Gründe: In Ermangelung einer sozial fundierten Vorstellung davon, was das Demokratische eigentlich ausmacht, wird Demokratie häufig ausschließlich mit ihren Institutionen identifiziert – eine Substantialisierung, die nicht noch zusätzlich verstärkt werden muss. Entsprechend sind politische Institutionen beispielsweise auch für Dewey von vergleichsweise marginalem Interesse, abgesehen davon hält er sie auch nicht für »the most inspiring of the different meanings of democracy« (Dewey 1946: 82). Und doch bleiben sie natürlich relevant, weshalb sie ja unweigerlich auch in diesem Text schon aufgetaucht sind – in Form der Volksversammlung etwa, oder der Gewaltenteilung. Nun wende ich mich für einige Momente einer Institution zu, zu der ich selbst empirisch geforscht habe (Brichzin 2016), nämlich dem *Parlament*.

Parlamente gehören zu den Schlüsselinstitutionen der politischen Gegenwart, Parlamentarismus kann als zentrales Merkmal konsolidierter Nachkriegsdemokratien gelten. Fast kein Land kommt mehr ohne die zumindest formale Einrichtung einer gewählten Vertretungskörperschaft aus, von international bis kommunal findet man sie auf allen politischen Ebenen (Marschall 2005: 197 ff.). Außerdem erschließt sich die Differenzierung politischer Systeme, etwa in parlamentarisch versus präsidentiell (Steffani 1979), unter anderem entlang der Stellung des Parlaments im Rahmen der Gewaltenteilung. In modernen Massendemokratien ist die Legitimität politischer Herrschaft in zentraler Weise mit ihnen verknüpft (Brichzin et al. 2018: 2 f.): Vor dem Hintergrund eines an die Idee der Selbstregierung gebundenen Demokratieverständnisses ist den demokratischen Staaten heute das Parlament, was der attischen Demokratie die Volksversammlung war – als

Versammlung zumindest der Stellvertreter:innen des Volkes. Das Gewicht demokratischer Hoffnungen lastet daher stark auf Parlamenten, an ihnen wird der Selbstregierungscharakter eines politischen Systems festgemacht. Entsprechend große Bedeutung wird beispielsweise der Frage zugeschrieben, ob das Parlament auch tatsächlich *repräsentativ* ist (Pitkin 1967: 67 ff.), und entsprechend groß ist die Enttäuschung, wenn man gerade an den realen Funktionsweisen des Parlaments Defizite entdeckt.

Anstelle der Repräsentationsfunktion des Parlaments stand in meiner Untersuchung die Frage nach der Logik der konkreten parlamentarischen (Arbeits-)Praxis im Vordergrund (Brichzin 2016). Im Unterschied zu verbreiteten soziologischen Neigungen habe ich interessante politische Phänomene nicht jenseits der klassischen politischen Institutionen (und jenseits des politikwissenschaftlichen Zugriffs) gesucht, sondern genau dort vermutet (siehe aber unter anderem Dányi 2020; Mayntz, Neidhardt 1989). Gefunden habe ich nicht zuletzt routiniert praktizierte »Repertoires der politischen Ent-Essentialisierung« (Brichzin 2023a: 98), mit anderen Worten: historisch voraussetzungsvolle Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung. Während also anti-institutionalistische Perspektiven auf Demokratie politische Institutionen (und speziell Parlamente) als Hort potentiell anti-demokratischer Fixierungen und Verkrustungen im Verdacht haben, lässt sich durchaus auch umgekehrt fragen: Wo sollte man Hinweise auf bewährte Mechanismen demokratischer Öffnung finden, wenn nicht inmitten schon lange erfolgreich institutionalisierter Praktiken?

Der parlamentarische Umgang mit *sozialem Konflikt* – als bedeutender ideengeschichtlicher Topos des (zum Beispiel republikanischen) Nachdenkens über Demokratie – erscheint mir dabei besonders zentral. Einerseits ist Konflikt über das *Oppositionsprinzip* in (demokratisch funktionale) Parlamente eingeschrieben. Denn wo Opposition stabil instituiert ist, kann man sich sicher sein, dass es auch Widerspruch geben wird, völlig unabhängig von den je konkret verhandelten Inhalten. Es lohnt sich festzuhalten, dass das Oppositionsprinzip schon per se als Öffnungsmechanismus wirken kann (Brichzin 2016: 188). Denn insofern die Opposition im Geschäft der Produktion von Alternativen ist, wird sie stets aufs Neue mit Sichtweisen aufwarten, die gegebene Verhältnisse oder dominante Perspektiven infrage stellen und Veränderungen nahelegen. Andererseits verhärtet sich der auf diese Weise konstitutiv in die parlamentarischen Prozesse eingeschriebene Konflikt in der Regel nicht zur Feindschaft (ebd.). Die schnellen Wechsel zwischen unzähligen, über die Tagesordnungen rauschenden, mal kleinen,

mal grundlegenden Themen, in denen Einigkeit und Dissens einander abwechseln; die Übergänge zwischen unterschiedlich kooperativen beziehungsweise konfrontativen Kontexten – etwa zwischen Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Plenum; und der ständige Wechsel der Akteur:innen, mit denen man es zu tun hat: All dies begünstigt eine Relativierung von Konfliktkonstellationen und fördert die Trennung zwischen Person und Sache. Radikaldemokratische Theoretiker:innen, die doch politische Institutionen wie das Parlament mit größter Skepsis ansehen, können auf diese Weise ausgerechnet hier genau dem begegnen, was sie jenseits suchen: Praktiken der Inkraftsetzung *agonistischer* im Gegensatz zu essentialisierend antagonistischer (Mouffe 2005: 52), *Relationalität* (Brichzin 2023a: 98).

Soziale Konflikte können öffnende Wirkung haben, zugleich trägt wohl wenig mehr zur Verhärtung sozialer Verhältnisse bei als ein festgefahrener Konflikt. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Institutionalisierung agonistischer Relationalität in Parlamenten als bedeutende Öffnungsleistung analysieren. Das soll aber natürlich nicht heißen, dass parlamentarische Prozesse nicht auch selbst zu Schließungsprozessen – etwa entlang eingefahrener Partei- oder Fraktionslinien – beitragen können. Und es soll auch nicht gesagt sein, dass die Art und Weise des Umgangs mit Konflikten der einzige Mechanismus zur Prävention sozialer Schließung ist, der in Parlamenten anzutreffen ist. Was ich sagen möchte: Anstatt politische Institutionen wie das Parlament am fiktiven Maß der Selbstregierung zu messen, scheint es mir produktiver, sie auf ihren Beitrag zu Offenheit für sozialen Wandel hin zu beobachten.

3.5 Heute: Epistemische Dimensionen von Demokratie

Diese kurzen historischen Schlaglichter haben hoffentlich die eingangs postulierte These plausibel werden lassen, dass sich nämlich Demokratie als Ergebnis der Institutionalisierung eines Ensembles von Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung begreifen lässt. Diese Mechanismen wirken dabei in unterschiedlichen Dimensionen demokratischer Ordnung in Richtung ihrer Öffnung, sind aber gerade nicht als Abwesenheit sozialer Ordnung zu verstehen. Eher im Gegenteil: Wenn die Geschichte demokratischer Formen eines zeigt, dann dass mitunter massive Vorkehrungen nötig sind, um gesellschaftlichen Schließungsprozessen entgegenzuwirken.

Mit einem letzten Gedanken zur gegenwärtigen Demokratieentwicklung möchte ich diesen Abschnitt beschließen. Die vergangenen 20, 30 Jahre scheinen nicht viele prominente Innovationen auf dem Gebiet der Entwicklung demokratischer Mechanismen hervorgebracht zu haben, abgesehen vielleicht vom zunehmenden praktischen Einsatz von Bürgerräten oder »deliberative mini-publics« (zum Beispiel Smith, Setälä 2018). Was bei einer solchen Einschätzung allerdings übersehen wird, sind die massiven Entwicklungen auf einer Ebene, die man vielleicht als Meta-Dimension demokratischer Ordnung betrachten könnte: Bedingung der Möglichkeit demokratischer Gesellschaft ist ein grundsätzliches Kontingenzbewusstsein, ist Offenheit auch auf der Ebene der Wissens- und Denkkordnung einer solchen Gesellschaft (vgl. Baumert 2022). Wandel muss *denkmöglich* erscheinen. In diesem Sinne muss die Prävention von sozialer Schließung also immer auch *epistemisch* (vgl. Brichzin 2023b) ansetzen. Genau hier hat sich in den letzten Jahren viel getan.

So reflektieren öffentliche Diskurse mittlerweile intensiv auf die politische Wirkung von Sprache im Allgemeinen und sozialer Kategorisierungen im Speziellen – etwa von Geschlechterkategorien oder von Kategorien sozialer Zugehörigkeit –, haben also ein Bewusstsein für das Denken essentialisierende Effekte des Sprachgebrauchs ausgeprägt (zum Beispiel Butler 2021; Brichzin, Kronau 2024). Was aus dem Blickwinkel der Kritiker:innen als bloße »Identitätspolitik« erscheinen mag, die den Fokus auf ungleich wichtigere politische Schaltstellen verdeckt, erscheint aus der hier entwickelten Perspektive auf Demokratie in einem etwas anderen Licht: nämlich als weiterer, diesmal epistemischer, Ansatzpunkt für Mechanismen zur Prävention der sozialen Schließung. Als solcher ist er sicherlich nicht der einzige demokratische relevante Mechanismus,⁴ in der gegenwärtig konkreten Ausgestaltung möglicherweise noch nicht einmal besonders zentral. Wenn aber Demokratie im Sinne einer gesellschaftlichen Ordnung verstanden wird, die sich durch Offenheit gegenüber sozialem Wandel auszeichnet, tritt unweigerlich auch die Frage in den Fokus, wie das *Denken* offen bleiben kann.

⁴ Das hatten ja bereits die bisherigen Überlegungen gezeigt.

4. Demokratie und Gesellschaftstheorie

Jenseits von Demokratie wäre Gesellschaft eine andere, und das sollte Soziologie erfassen können. Auf dieser Prämisse ruht mein Text. In Anschluss an Dewey und andere habe ich Demokratie im Vorangegangenen als eine Form gesellschaftlicher Ordnung beschrieben, die an Prozessen sozialer Schließung – verstanden als änderungsresistente Fixierung eines Status quo – ansetzt und diesen mithilfe verschiedener Präventionsmechanismen entgegenwirkt. Demokratie lässt sich entsprechend als spezifische Gesellschaftsformation begreifen, die ihre eigene Offenheit für Wandel auf Dauer stellt. Insofern Soziologie eine besondere Kompetenz besitzt, soziale Schließungsprozesse zu analysieren, werden ihre Kräfte für die Analyse von Demokratie benötigt, gerade heute. In diesem Sinne ist Soziologie *auch* Demokratiewissenschaft (vgl. Stammer, Weingart 1972), allerdings nicht, wie Otto Stammer – führender politischer Soziologe der unmittelbaren Nachkriegszeit – meint, weil sie *soll*, sondern weil sie *muss*, möchte sie weiterhin versuchen, das Vexierbild, das wir Gesellschaft nennen, als Ganzes zu erfassen.

Eine demokratische Gesellschaftsformation kommt in diesem Verständnis zustande, indem ein Ensemble von Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung, die in unterschiedlichen Dimensionen demokratischer Ordnung angesiedelt sind, zusammenwirkt. Im Vorangegangenen hatte ich dabei insbesondere fünf zentrale Dimensionen herausgearbeitet sowie einige historisch relevante Mechanismen genannt: sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse (zum Beispiel Erbrecht, Ostrakismos, Ämtervergütung), Strukturen der Zivilgesellschaft/Öffentlichkeit (zum Beispiel Assoziativität, Bürgergeist), politische Institutionen (zum Beispiel Wahl- und Losverfahren, Dokumentation von Alternativität in Volksversammlungen, agonistische Relationspraktiken im Parlament), Organisation der Verwaltung (zum Beispiel Laienprinzip, Dezentralisierung), politische Subjektivierung (zum Beispiel Kontingenzbewusstsein, Offenheitskompetenz).

Entscheidend ist dabei, solche historisch-konkreten Mechanismen nicht im Sinne notwendiger Bedingungen misszuverstehen. – Demokratie ist keine Liste, die man abhaken könnte (Manow 2024: 47). Zwar gibt es historische Erfahrungen damit, welche Institutionalisierungen beziehungsweise welche Kombination von Institutionen entsprechend wirksame Präventionsmechanismen versammeln und so die Entstehung einer demokratischen Ordnung *wahrscheinlich* machen. Doch Demokratie steht nicht in einem deterministischen Verhältnis zu ihren Institutionen – ein Umstand,

der nicht zuletzt an der schon eingangs erwähnten Tatsache deutlich wird, dass genau diejenigen Institutionen, an denen man Demokratie doch eigentlich stabil aufzuhängen hofft (Wahlen etwa), unter bestimmten Bedingungen auch paradoxe, also anti-demokratische Wirkungen entfalten können.

Ebenfalls bereits notiert hatte ich, dass in allen zentralen Dimensionen demokratischer Ordnung wirkungsvolle Mechanismen zur Prävention sozialer Schließung angelegt sind, erscheint mir weit wichtiger als ihre konkrete Gestalt (für die immer funktionale Äquivalente vorstellbar wären). Natürlich sind historische Erfahrung und Wissen um historische Bewährung im Falle des so voraussetzungsvollen Auf-Dauer-Stellens von Offenheit für Wandel von unschätzbarem Wert. Das übersieht etwa ein *Tabula rasa*-Denken (siehe Abschnitt 2, Punkt d), wenn es meint, wahrhaft demokratisches Denken bedeute, immer wieder sozusagen »auf null« zurückzukehren und bisherige Institutionen theoretisch hinwegfegen zu können. Gleichermäßen vereinseitigend wirkt allerdings das – ungleich geläufigere – *substantialistische Demokratieverständnis*, das Demokratie mit konkreten Institutionen identifiziert und so verdinglicht, also selbst in problematischer Weise *schließt*.

Ich schlage demgegenüber vor, Demokratie als *Emergenzphänomen* zu begreifen. Als solches lässt es sich weder determinieren noch konditionieren, noch ist es das Ergebnis der schlichten Addition bestimmter politischer Institutionen. Die demokratische Gesellschaftsformation wäre demnach zu verstehen als Folge des komplexen Zusammenwirkens eines Ensembles von Schließungspräventionsmechanismen. Eines Zusammenwirkens allerdings nicht im Sinne eines kohärenten Systems, das quasi »notwendig« oder »automatisch« Demokratie hervorbringt; sondern im Sinne einer emergenten Wirkung auf der Ebene des Ganzen, die aus den Eigenschaften seiner Teile nicht vollständig abgeleitet werden kann. Das Ganze der demokratischen Gesellschaftsformation weist im Ergebnis systematisch neue Eigenschaften auf, die sie von anderen (etwa autoritären) Gesellschaftsformationen unterscheiden – beispielsweise den schon mehrfach erwähnten inhärenten Zusammenhang mit funktionaler Differenzierung. In fundamentalem Sinne ist sie *offene Gesellschaft*, also eine Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass ihre Offenheit für Wandel auf Dauer gestellt ist.

Das heißt umgekehrt: Eine Gesellschaft ist demokratisch, insofern sie von einem emergenten Prinzip durchwirkt ist, das man vielleicht als *Offenheitsversteigerung* bezeichnen könnte. Folgt man Habermas, ist es genau das, was eine gesellschaftliche Ordnung im Sinne einer *Gesellschaftsformation* ausmacht: Ein fundamentales »Organisationsprinzip« (Habermas 1973: 18), das

unterschiedliche soziale Prozesse, die in verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungsdimensionen angesiedelt sind, auf eine Weise ausgerichtet, dass eine gemeinsame Tendenz, eine übergreifende Logik erkennbar wird. Habermas hatte dabei vor allem ein kapitalistisches Organisationsprinzip im Sinne der *Kapitalakkumulation* vor Augen (ebd.: 40). Versuchshalber möchte ich dem hier die Offenheitsverstetigung als demokratisches Prinzip gegenüberstellen.

Dabei möchte ich möglichen Missverständnissen vorbeugen. Ebenso wenig, wie in einer als kapitalistisch konzipierten Gesellschaftsformation jeder einzelne gesellschaftliche Vorgang als (unmittelbar) der Kapitalakkumulation dienend gedacht werden muss, so meint auch die Rede von der demokratischen Gesellschaftsformation nicht, dass soziale Schließungsprozesse fortan abgeschafft wären. Das fundamentale Organisationsprinzip durchdringt die Gesellschaft eher wie eine dominante Basslinie, vor deren Hintergrund die Melodie des Sozialen allerlei Volten schlagen kann – bis sie möglicherweise irgendwann sogar einen so starken Einfluss auf die Basslinie gewinnt, dass sich diese ändert. Die Gesellschaftsformation »kippt« dann, sie wird eine andere.

Ebenfalls betonen möchte ich einmal mehr, dass »Offenheit« nicht heißen soll, es wären keine Restriktionen, keine sozialen Strukturen vonnöten – mein Vorschlag ist gerade *kein* anti-institutionalistischer. Das Auf-Dauer-Stellen von Offenheit erfordert im Gegenteil, auch das hatte ich bereits betont, massive gesellschaftliche Vorkehrungen, wie sie sich in der Vielfalt institutionalisierter Mechanismen der Prävention sozialer Schließung niederschlagen. In diesem Sinne trifft zu, was Dewey schreibt, dass nämlich »eine Gesellschaft wandelbar und doch beständig sein kann« (Dewey 2011: 125).

Schließlich wäre »Offenheit« auch nicht in einem (rein) normativen Sinne misszuverstehen, weder als Verwirklichung eines Zustands umfassender »Freiheit«, noch als harmonisches Ideal umfassend toleranten Zusammenlebens. Vielleicht sogar im Gegenteil: Mitunter die härtesten politischen Konflikte scheinen schon heute, Stichwort »Gendern«, um die Frage geführt zu werden, ab welchem Punkt soziale Institutionalisierungen in problematische Schließungen umschlagen. Wenn ich von demokratischen Gesellschaften als »offenen Gesellschaften« spreche, dann steht für mich demgegenüber der analytische Sinn im Vordergrund: Gesellschaftliche Prozesse besitzen die inhärente Tendenz zur Verkrustung, Verdinglichung, Essentialisierung, zur Verabsolutierung des *Status quo*. Die demokratische ist einfach diejenige Gesellschaftsformation, deren Kräfte zentral darauf ausgerichtet sind, solchen Tendenzen entgegenzuwirken.

Übrigens ist die Parallelisierung von Kapitalismus und Demokratie kein Zufall. Ich gehe davon aus, dass man von einer »demokratischen« Gesellschaft in einem ganz analogen Sinne sprechen kann, wie man von einer »kapitalistischen« Gesellschaft spricht. Und es gibt eine lange Tradition der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, als jeweils eigenständige gesellschaftliche Formen, auf die man sich zur Stützung dieser These berufen könnte (siehe zum Beispiel Schumpeter 1993). Vor diesem Hintergrund scheint mir die gesellschaftstheoretische Abwertung von Demokratie zum Sekundär-Konzept (siehe Abschnitt 2, Punkt b) nicht so sehr mit dem Gegenstand selbst als vielmehr mit der Disziplin zu tun zu haben, die ihn beobachtet. Wie ich oben schon vermutet hatte, macht es der Soziologie ihr Selbstverständnis als kritische Disziplin schwer, ihre Überlegungen in einer normativ sanktionierten Vorstellung des gesellschaftlichen *Status quo* zu fundieren. Das aber führt zu einer Verzerrung in Sachen soziologischer Beobachtung der Gesellschaft: die Bedeutung von Demokratie wird systematisch unterschätzt.

Warum diese Leerstelle der Soziologie also nicht einfach füllen, indem man an die gängigsten Verständnisse von Demokratie als (unmittelbare) Selbstregierung anschließt? Wozu der ganze Aufschwung zu einem Versuch, eine offenheitszentrierte Perspektive zu skizzieren, die sich gegenüber verwandten Ansätzen – ungleichheits- und öffentlichkeitstheoretischer, liberaler und so weiter Art – als integrativ versteht? Den Grund dafür hatte ich bereits in der Einleitung genannt, möglicherweise erschließt er sich aber am Ende dieses Textes besser als zu Beginn. Wo Demokratie als Selbstregierung gefasst wird, muss systematisch von soziologischem Wissen über soziale Dynamiken und gesellschaftliche Prozesse abgesehen werden – ich hatte in diesem Zusammenhang von Sozialvergessenheit gesprochen. Selbstregierung bleibt damit (in jedem Fall unter komplexen gesellschaftlichen Bedingungen) praktisch so gut wie immer ein kontrafaktisches Prinzip, das sich nur dank zahlreicher intellektueller Hilfskonstruktionen in seiner Stellung halten kann. Ein Verständnis hingegen, das Demokratie als Form gesellschaftlicher Ordnung fasst, in der Offenheit für Wandel auf Dauer gestellt ist, setzt unmittelbar beim sozialen Prozess an – nämlich bei dessen Tendenz, entlastende Institutionalisierungen in änderungsresistente Fixierungen zu überführen. Eine der naheliegendsten Möglichkeiten, dem Funktionieren von Demokratie nachzugehen, ist im Kontext dieses Demokratieverständnisses nicht die theoretisch-spekulative, sondern die empirische Beobachtung der Arten und Weisen, wie einer solchen Tendenz zur sozialen Schließung entgegengewirkt

wird. Indem es derart in Wissen über die Logik des Sozialen fundiert ist, lässt sich jenes Demokratieverständnis als genuin soziologisch begreifen.

Die Vermutung wäre, dass ein solches Demokratieverständnis auch praktische Vorteile haben kann, beispielsweise in Demokratiebildung und DemokratiEVERMITTLUNG. Zumindest stellt es eine hilfreiche Ergänzung dar: Zu abstrakt-normativen Überlegungen einerseits, die häufig vor allem das Ungenügen einer am ideellen Maßstab gemessenen praktischen Politik zutage bringen. Und zur technischen Wissensvermittlung über politische Institutionen, Verfahren und Systeme andererseits, die gelegentlich einen dogmatischen Grundton annimmt. Genau jenen Grundton, der dazu führen kann, dass Demokratie blind mit bestimmten Ideen oder Institutionen identifiziert wird, statt sie als grundlegendes gesellschaftliches Organisationsprinzip zu begreifen, das sich in unterschiedlichen Formen und Gestalten materialisieren kann. Auf der Grundlage eines offenheitszentrierten Demokratieverständnisses hingegen lässt sich sehr viel stärker an Alltagserfahrungen anschließen – zu Exklusionen etwa, sozialen Schranken und epistemischen Grenzen. Und es macht auch die Ambivalenzen, die dem demokratischen Prozess inhärent sind, möglicherweise greifbarer: Es braucht soziale Strukturen, aber ab welchem Punkt werden sie zum Problem?

Weitergedacht und wieder an den Anfang dieses Textes zurückgeführt, taucht die Frage erneut auf: Ab welchem Punkt werden demokratische Gesellschaften autokratisch? Gesellschaftsformationen geraten wohl meistens ins Kippen, lange bevor sie umschlagen (vgl. Tocqueville 1978), die Tendenz zum Autokratischen offenbart sich nicht erst in dem Moment, in dem eine demokratische Institution abgeschafft wird, und auch demokratische Rechte verschwinden nicht urplötzlich. Ein offenheitszentriertes Demokratieverständnis eröffnet einen differenzierten Blick auf diese Schwelle, auf den schmalen Grat, der Gesellschaften von hier nach dort hinüberführt. Und ein solches Demokratieverständnis eröffnet auch neue analytische Mittel für den Fall, dass sich »das Volk« eben doch einmal mehr ganz »demokratisch« für den Diktator entscheidet.

Literatur

- Adloff, Frank 2005: *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt am Main: Campus.
- Arendt, Hannah 1993: *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*. München: Piper.
- Aristoteles 2012: *Politik*. Hamburg: Felix Meiner.
- Baumert, Felix 2022: *Die Entdeckung der Gestaltbarkeit: Gesellschaftstheorien bei Alexis de Tocqueville, Karl Marx und Max Weber*. Bielefeld: transcript.
- Bogusz, Tanja 2018: *Experimentalismus und Soziologie. Von der Krisen- zur Erfahrungswissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bohmann, Ulf 2020: *Demokratie und Gesellschaft*. In Hartmut Rosa / Jörg Oberthür (Hg.), *Gesellschaftstheorie*. München: UVK, 191–221.
- Brichzin, Jenni 2016: *Politische Arbeit in Parlamenten. Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion im politischen Feld*. Baden-Baden: Nomos.
- Brichzin, Jenni 2023a: *Für eine demokratische Praxeologie. Rechtsradikale Politisierung und radikaldemokratische Konsequenzen*. In Lucas von Ramin / Karsten Schubert / Vincent Gengnagel / Georg Spoo (Hg.), *Transformationen des Politischen*. Bielefeld: transcript, 87–108.
- Brichzin, Jenni 2023b: *Wahrheit und Demokratie. Politische Epistemologie im Anschluss an Hannah Arendt*. *Behemoth*, 16. Jg., Heft 2, 26–38.
- Brichzin, Jenni / Krichewsky, Damien / Ringel, Leopold / Schank, Jan 2018: *Soziologie der Parlamente. Konturen eines Programms*. In Jenni Brichzin / Damien Krichewsky / Leopold Ringel / Jan Schank (Hg.), *Soziologie der Parlamente. Neue Wege der politischen Institutionenforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 1–34.
- Brichzin, Jenni / Kronau, Felix 2024: *Essentialismus revisited?* *Leviathan*, 52. Jg., Heft 2, 168–204.
- Brichzin, Jenni / Laux, Henning / Bohmann, Ulf 2022: *Risikodemokratie. Chemnitz zwischen rechtradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt*. Bielefeld: transcript.
- Butler, Judith 2021: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dányi, Endre 2020: *The insides and outsides of parliamentary politics: Introduction to a special section of Social Studies of Science on parliamentary practices*. *Social Studies of Science*, vol. 50, no. 2, 245–251.
- Dewey, John 1946: *The public and its problems. An essay in political inquiry*. Chicago: Gateway Books.
- Dewey, John 2011 [1916]: *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Finley, Moses 1973: *Democracy ancient and modern*. London: Chatto & Windus.

- Foucault, Michel 1987: Das Subjekt und die Macht. In Hubert Dreyfus / Paul Rabinow (Hg.), Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Weinheim: Athenäum, 243-264.
- Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John 2007 [1777/78]: Die Federalist Papers. München: Beck.
- Hedström, Peter / Swedberg, Richard 1998: Social mechanisms: an introductory essay. In Peter Hedström / Richard Swedberg (eds.), Social mechanisms. An analytical approach to social theory. Cambridge: Cambridge University Press, 1–31.
- Held, David 1996: Models of Democracy. Cambridge: Polity Press.
- Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (Hg.) 2020: Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie. Baden-Baden: Nomos.
- Horkheimer, Max 1992: Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt am Main: Fischer.
- Illouz, Eva 2024: Explosive Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Koschorke, Albrecht 2018: Linksruck der Fakten. Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung, 9. Jg., Heft 2, 107–118.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal 2001: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London, New York: Verso.
- Lamla, Jörn 2021: Political Sociology. In Betina Hollstein / Uwe Schimank / Anja Weiß (eds.), Soziologie – Sociology in the German-speaking world. Special Issue Soziologische Revue 2020. Berlin: De Gruyter.
- Latour, Bruno 2004: Whose Cosmos, Which Cosmopolitics? Comments on the Peace Terms of Ulrich Beck. Common Knowledge, vol. 10, no. 3, 450–462.
- Latour, Bruno 2010: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lembcke, Oliver / Ritzi, Claudia / Schaal, Gary (Hg.) 2012: Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: Springer VS.
- Lessenich, Stefan 2019: Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen: Reclam.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, David 2018: How democracies die. New York: Crown.
- Luhmann, Niklas 1981: Theoretische Orientierung der Politik. In Niklas Luhmann (Hg.), Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Wiesbaden: VS, 287–292.
- Luhmann, Niklas 2002: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mackert, Jürgen (Hg.) 2004: Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven. Wiesbaden: VS.
- Manow, Philip 2024: Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde. Berlin: Suhrkamp.

- Marres, Noortje 2012: *Material participation: technology, the environment and everyday publics*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Marschall, Stefan 2005: *Parlamentarismus. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.
- Martinsen, Franziska 2019: Politik und Politisches. In Dagmar Comtesse / Oliver Flügel-Martinsen / Franziska Martinsen / Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp, 583–592.
- Mayntz, Renate / Neidhardt, Friedhelm 1989: *Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie*. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 20. Jg., Heft 3, 370–387.
- Mill, John Stuart 1859: *Dissertations and discussions. Political, philosophical, and historical. Volume II*. London: John W. Parker and Son.
- Mouffe, Chantal 2005: *On the Political*. London, New York: Routledge.
- Mudde, Cas 2004: *The Populist Zeitgeist*. *Government and Opposition*, 39. Jg., Heft 4, 541–563.
- Münkler, Herfried 1994: *Zivilgesellschaft und Bürgertugend. Bedürfen demokratisch verfasste Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung?* Antrittsvorlesung, 10. Mai 1993. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Sozialwissenschaften.
- Pitkin, Hanna 1967: *The concept of representation*. Berkeley: University of California Press.
- Popper, Karl 1957: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde I. Der Zauber Platons*. München: Francke.
- Poulantzas, Nicos 2002: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Reckwitz, Andreas 2019: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Runciman, David 2018: *How democracy ends*. London: Profile Books.
- Saward, Michael 2006: *The Representative Claim*. *Contemporary Political Theory*, vol. 5, no. 3, 297–318.
- Schumpeter, Joseph 1993 [1942]: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen: Francke.
- Selk, Veith / Jörke, Dirk 2012: *Der Vorrang der Demokratie. Die pragmatistische Demokratietheorie von John Dewey und Richard Rorty*. In Oliver Lembcke / Claudia Ritzi / Gary Schaal (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, 255–284.
- Séville, Astrid 2025: *Die Politisierung von »Gesellschaft« – Ernesto Laclau und Chantal Mouffes postmarxistische Theorie des Sozialen*. In Heike Delitz / Julian Müller / Robert Seyfert (Hg.), *Handbuch Theorien der Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 1–20.
- Smith, Graham / Setälä, Maija 2018: *Mini-publics and deliberative democracy*. In Andre Bächtiger / John Dryzek / Jane Mansbridge / Mark Warren (eds.), *The Oxford handbook of deliberative democracy*. Oxford: Oxford University Press, 300–314.

- Stammer, Otto / Weingart, Peter 1972: Politische Soziologie. München: Juventa.
- Steffani, Winfried 1979: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stichweh, Rudolf / Ahlers, Anna L. 2021: The Bipolarity of Democracy and Authoritarianism and Its Societal Origins. In Anna L. Ahlers / Damien Krichewsky / Evelyn Moser / Rudolf Stichweh (eds.), Democratic and authoritarian political systems in 21st century world society. Volume 1 – Differentiation, inclusion, responsiveness. Bielefeld: transcript, 209–240.
- Tocqueville, Alexis de 1978 [1856]: Der alte Staat und die Revolution. München: dtv.
- Tocqueville, Alexis de 2002 [1835/1840]: Democracy in America. Hazleton: The Pennsylvania State University.
- Weber, Max 1922: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Bitte berücksichtigen Sie folgende Hinweise zur Textgestaltung:

Verwenden Sie *Fußnoten* nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben. Geben Sie *Literaturhinweise im Text* durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel (König 1962: 17).

Bei *bis zu drei Autor:innen* geben Sie alle Namen an und trennen durch Komma; bei *mehr als drei Autor:innen* ergänzen Sie den ersten Namen um »et al.«. Kennzeichnen Sie *mehrere Titel pro Autor:in* und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... (König 1962a, 1962b).

Mehrere, aufeinander folgende Literaturhinweise werden durch Semikolon getrennt (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

In der *Literaturliste am Schluss des Manuskriptes* führen Sie alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor:in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet auf, bei mehreren Autor:innen alle namentlich durch Schrägstrich getrennt nennen. Geben Sie Verlagsort und Verlag an.

Bücher: Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, Volker 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. SOZIOLOGIE, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lutz, Helma 2003: Leben in der Twilightzone. In Jutta Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 254–266.

Internetquellen: Stark, Philip B. / Freishtat, Richard 2014: An Evaluation of Course Evaluations. ScienceOpen Research, doi: 10.14293/S2199-1006.1.SOREDU.AOFRQA.v1.

oder Steffen, Wiebke 2003: Polizeilich registrierte Gewalttaten junger Menschen: Grund zu Furcht und Sorge? Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 26. Jg., Heft 2, 135–148. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-38044>. Letzter Aufruf am 27. April 2021.

Im Literaturverwaltungsprogramm *Citavi* können Sie unseren *Zitationsstil »Soziologie – Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie«* nutzen. Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte eine *deutsche* und eine *englische Zusammenfassung von maximal je 15 Zeilen*, sowie *Name, Titel* und *Korrespondenzadresse* bei. Schicken Sie Ihren Text bitte als .docx, .rtf oder .odt per E-Mail an die Redaktion der SOZIOLOGIE: soz-red@sozio.uni-leipzig.de.

Für *Berichte aus den Sektionen* beachten Sie bitte, dass der Text 7.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht überschreiten sollte.